

## **Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Systemwechsel: Geld- statt Sachleistungen im Bereich des günstigen Wohnens**

### **Antwort der PdA Bern**

Da haben vor rund einem Jahr ein paar Leute aus der Liegenschaftsverwaltung das Einmaleins der Kommunikation – den Anstand gegenüber dem Gegenüber – vermissen lassen, und schon drängt sich dem Motionär ein Systemwechsel auf. Der Motionär als Systemveränderer! Wenn es ums Eingemachte geht, kennt der Freisinn halt nur eins: Was Wert hat, gehört in die private Hand! Kommunales Wohneigentum – und das dann erst noch zu günstigen Mietkonditionen – ist da der reinste Graus.

Über die Kommunikationspannen der Liegenschaftsverwaltung ist schon viel gerechdet worden, darüber müssen wir wirklich nicht mehr viele Worte verlieren. Zumal nicht ganz von der Hand zu weisen ist, dass die betreffenden Instanzen und Personen lernfähig sind und nach Lösungen gesucht haben, die nicht einfach so von oben verfügt, sondern mit den betroffenen Mieterinnen und Mietern verhandelt werden. Das stimmt zuversichtlich. Was aber in der freisinnigen Logik des freien Wohnungsmarktes nicht sein darf, kann auch nicht sein. Also weg damit!

Interessant erscheint uns, dass die im Titel angesprochene Gegenüberstellung von Geld- und Sachleistungen in den expliziten Forderungen nicht mehr auftaucht: Da bleibt dann nur noch der Angriff auf das städtische Wohneigentum. Was sage ich da: interessant? Wer verstehen will, kann es entlarvend finden! Dass auch noch aus der Sozialhilfe für gewisse Vermieter ein gutes Geschäft rausspringt, ist ein offenes Geheimnis. Die freisinnige Stimme der Eigner wird sich da schon nicht irren. Warum ist eigentlich dieses Kapitel des Missbrauchs von Sozialhilfe nicht auch schon gründlich aufgearbeitet worden?

Es gehört traditionellerweise zu den vornehmsten Aufgaben der Kommunen, günstigen und bekömmlichen Wohnraum für jene Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen, die mit tiefen Löhnen auskommen müssen. Und in den stolzen Epochen des kommunalen Selbstbewusstseins hat diese Verpflichtung nicht in der Verwaltung von Elend sich erschöpft, sondern ihren Sinn und Ausdruck gefunden in städtebaulichen Entwürfen – ja: Würfen, die noch heute nachwirken und faszinieren. Diese Chance zur Gestaltung einer sozialen Stadt vergibt sich Bern nachhaltig und endgültig, wenn der Stadtrat der Motion auf den Leim geht.

Die PdA Bern erachtet einen Wohnungsbau, der sich an sozialen, ökologischen, aber auch ästhetischen Kriterien orientiert, als eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben. Das Angebot an guten und günstigen Wohnungen ist kein Anhängsel der Sozialhilfe, sondern es stellt einen Kernbereich der Stadtentwicklung dar. Dabei stellt die Mitwirkung der Mieterinnen und Mieter das Scharnier dar zwischen sozialer und demokratischer Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger, ohne die ein Menschenrecht auf anständiges Wohnen nicht zu realisieren ist.

Die Motion will das Ende einer sozialen Wohnungsbau- und Vermietungspolitik einläuten. Das Grundbedürfnis Wohnen soll endlich und vollständig marktüblich gestaltet werden. Das ist eine Sache, welche nicht nur Sozialhilfe Beziehende betrifft. Es lohnt sich, diese Motion sehr ernst zu nehmen – und auch sehr sorgfältig zu lesen, auch Punkt 1.a: „Wer die Wohnkriterien erfüllt, kann den günstigen Wohnraum bis auf Weiteres zum vereinbarten Mietpreis nutzen.“ Bis auf Weiteres! Für die PdA Bern ist diese Drohung deutlich genug. Ein Grund mehr, diese Motion als Ganzes abzulehnen.